Nachts eingegangen.
(Nur in einem Theile der Auflage.)
— Nachrichten der Kgl. Wasserbau-Direktion vom 11. Januar über die Eisgangs- und Wasserstandsverhältnisse der Elbe. Laubegast: 2 U. 12 M. Nachm. Eis in vollem Gange; Meinik: 4 U. 40 M. Nachm., seit 1 U. 30 M. voller Eisgang bei 92 Cm. über Null; Schöna: 5 U. Nachm. 122 Cm. unter Null, Eisstand unverändert; Schandau: 5 U. Nachm. 88 Cm. unter Null, Eisstand unverändert; Königstein: 5 U. Nachm. 46 Cm. unter Null, unbedeutende Eisrückung. In Dresden hat zwischen 4 u. 5 Uhr Nachm. Eisgang bei einem Wasserstand von 90 Cm. unter Null stattgefunden.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang.
Aufl. 46.000 Exempl.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich jetzt
Wilsdrufferstr. 19, I. (Eingang am Seilergeschäft).
Haasenstein & Vogler, Dresden.

Dresden, 1888.

Neueste Börsen-Telegramme.

Stettin, 11. Jan. (Getreidem.) Weizen fest, loco 163,00—168,00, April-Mai 171,50, Juni-Juli 174,50. Roggen behauptet, loco 111—114, April-Mai 121,00, Juni-Juli 124,00. Pommerscher Hafer loco 102—108. Rüböl unveränd., Jan. 47,50, April-Mai 48,50. Spiritus behauptet, loco ohne Faß 37,00, mit (50 Mark) Konsumsteuer 47,80, mit (70 Mark) Konsumsteuer 31,20, April-Mai 39,00. Petroleum loco verzollt 13,00.

Breslau, 11. Jan. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Ltr. 100% ctl. 50 M. Verbrauchsabgabe April-Mai 49,80, Mai-Juni 50,50, do. 70 M. April-Mai —,—, Mai-Juni —,—. Roggen Januar-Februar 115,00, April-Mai 119,00, Mai-Juni 122,00. Rüböl April-Mai 48,50, Mai-Juni —,—. Hanf fest. — Wetter: Trübe.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

MATTONI'S GIESSHÜBLER säuerlicher alkalischer SAUERBRUNN
Hauptniederlagen in Dresden:
MOHRENAPOTHEKE, Pirnaischer Platz,
WEIS & HENKE, Schlossstrasse 11,
KRONENAPOTHEKE, Neustadt.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. **Fernsprechstelle 1119.**

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe Dominos in vorzügl. Auswahl f. Herren u. Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. **Max Jacobi,** Galeriestraße 2, parterre und erste Etage. **Telephon Nr. 389.**

Nr. 12. Spiegel: Panslavismus und der Czar, Bulgarische Frage, Unfallversicherungsgesetz und die Arbeitgeber. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Diner der 2. Kammer. Gerichtsverhandlungen. | **Donnerstag, 12. Januar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Kaum hat der Czar dem Friedensbedürfniß Europas einige Zugeständnisse gemacht (Erlaubniß zur Veröffentlichung gefälschter Aktenstücke, Befehl an die russische Presse, einen freundlichen Ton gegen Deutschland anzuschlagen) als ihn auch schon die Dolche und Dynamitbomben von Verschwörern bedrohen. Es ist nicht zu unterscheiden, ob die neuen Mordanschläge von den Nihilisten oder den Panslavisten ausgehen. Vermuthlich spielen auch jetzt wieder, wie schon wiederholt früher, beide Richtungen in einander, sie arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Jeder glaubt die andere zunächst seiten und später meistern zu können. Dem Panslavismus- dem All-Russenthum, ist mit der Selbstbeschränkung des Czarenreiches auf sich selbst und mit inneren Reformen, so dringend nothwendig sie sind, nicht gedient. In seinem blinden Ausdehnungsdrange verlangt es den Besitz Konstantinopels, Europa soll kosakisch werden, die griechisch orthodoxe Religion von Kopenhagen bis zum Mittelländischen Meere herrschen. Fügt sich der Czar nicht frei- und gutwillig dieser umsichgreifenden Politik, so soll er eingeschüchtert werden, daß er aus Furcht vor seinem Tode eine kriegerische Politik einschlägt. Aus entgegengesetzten Gründen arbeitet der Nihilismus auf den Krieg hin. Er verlangt den Sturz des grausamen despotischen Regiments daheim; an einer Beglückung anderer Völker damit ist ihm nicht gelegen. Während aber der Panslavismus von einem Sieg Rußlands im Kriege träumt, spekulirt umgekehrt der Nihilismus auf eine schimpfliche Niederlage Rußlands, denn dann hoffen sie, bräche der Czarenthron leicht zusammen und die Stunde sei da, wo der Nihilismus triumphire. Darum lassen beide, sich sonst feindliche Parteien Nichts unversucht, um den Czaren in den Krieg hineinzuhetzen. Sie schrecken nicht vor neuen Mordanschlägen zurück, um die Regungen der Czarenseele nach der Friedensseite hin zu ersticken. Bisher hat der Czar, der die Höhe des Einsatzes genauer kennt, den Rußland und seine Dynastie bei einem Kriege wagen würden, diesen Einschüchterungen widerstanden. Mag er auch fernerhin die moralische Kraft besitzen, sich dieser eigennützigen Bedränger zu erwehren! Aber welches Gefühl der Sicherheit können die Nachbarstaaten Rußlands gewinnen, wenn auf jedes friedliche Einlenken des Selbstherrschers sofort Thatsachen gemeldet werden, welche beweisen, daß gegen die Macht des Czaren fortwährend sich mörderische Intriguen spinnen, sodaß man fürchten muß, die zum Kriege drängenden Gewalten könnten jeden Augenblick die Oberhand gewinnen!

Nachwievor muß man sich mit der leidigen Bulgarenfrage beschäftigen. Unentwegt richtet sich die russische Angriffspolitik gegen die Türkei und zunächst gegen das zum Schutze der Türkei errichtete Bollwerk, Bulgarien. Der Krieg gegen Oesterreich steht dabei erst in zweiter Linie. Rußland will durch seine Truppenansammlungen in Polen, Volhynien und der Ukraine zunächst auf Oesterreich drücken, daß es den russischen Plänen auf Bulgarien keinen Widerstand leiste. Erst wenn Oesterreich sich dem Einschreiten Rußlands in Bulgarien widersetzte, dürften die Russen sich zu einem Kriege gegen Oesterreich entschließen. Noch immer ist es daher an Rußland, Vorschläge zu machen, in Bulgarien Verhältnisse zu schaffen, die mit dem Berliner Frieden und den Interessen der Nachbarstaaten vereinbar sind. Auf die bloßen Friedensbetheuerungen Rußlands ist Nichts zu geben, zumal die militärische Verstärkung seiner Westgrenze ruhig weiter geht. Es werden jetzt eben die diplomatischen Karten neu gemischt. Deutschland darf mit Vertrauen den Fortgang des Spiels verfolgen. Weiß es doch, daß seine Partie von einer Meisterhand gespielt wird, welche Trümpfe in der Hand hat, deren Machtmittel sich zur gehörigen Zeit Geltung verschaffen werden. Deutschland weiß auch, daß der einzige Zweck dieser Politik die Erhaltung des Friedens ist. Um so unverantwortlicher ist es, wenn einzelne deutsche Blätter das Handwerk der internationalen Friedensstörer treiben. Da hat neulich die Berliner „Post" einen geradezu nichtswürdigen Artikel gebracht. Mit dem tiefsten Hohne bemerkte sie, daß am Sylvesterabend der „Reichsanzeiger" durch Veröffentlichung der gefälschten Schriftstücke der europäischen Presse „einen Knochen hingeworfen habe, an dem sie mit ungemeinem Wohlgefallen nage." Die „Post" spottete über die thörichten Versuche, die bulgarische Frage friedlich zu lösen und meinte höhnisch, vielleicht werde der Friede auf 12 Monate gefristet werden. Es giebt also leider nicht blos in Rußland und Frankreich, sondern auch in Deutschland Zeitungen, die das Spielen mit dem Kriegsgedanken als Sport betreiben, oder auf die Sensationslust des Publikums spekuliren und dazu beim Quartalswechsel auf Abonnentenfang ausgehen. Selbst wenn es dem Fürsten Bismarck nur gelungen wäre, den Ausbruch eines Krieges auf ein Jahr zu verschieben, so hätte er sich damit um die Menschheit ein großes Verdienst erworben. Wir meinen aber, er hat mehr gethan, er hat bewiesen, daß die europäischen Friedensinteressen und die Machtmittel des Friedens weitaus stärkere sind, als die unlauteren Ziele der offenen und versteckten Friedensfeinde und Brandstifter. Unter den letzteren sogar ein deutsches Blatt zu erblicken, das sich konservativ geberdet, ist allerdings eine sehr schmerzliche Wahrnehmung.

Die Beschwerde derjenigen Arbeiter, die auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes als Vertreter ihres Standes gewählt wurden, um an den Spruchsitzungen des Reichsversicherungsamtes theilzunehmen und die deshalb ihre Stellung in der Fabrik einbüßten, findet mit Recht in der Presse fortgesetzte Beachtung. Die Maßregelung von Arbeitervertretern durch ihre Brodgeber ist eine der beklagenswerthesten Erscheinungen, geeignet, das Vertrauen der Arbeiter in die soziale Reform zu erschüttern. Man hat die Entrüstung über das Vorgehen der Fabrikanten damit zu beschwichtigen gesucht, daß es nicht in 6, sondern nur in 2 Fällen vorgekommen sei und daß die Behauptung, die Maßregelung beruhe auf einer Verabredung der Fabrikanten, unerwiesen sei. Das letztere sei zur Ehre des Fabrikantenstandes gern angenommen. Gleichwohl bleibt genug übrig, um auf Abhilfe zu denken. Wie liegen denn die Verhältnisse? Die Arbeiter wählen in Folge eines Reichsgesetzes Vertreter, die im Reichsversicherungsamte bei der Entscheidung über Unfallentschädigung mitzuwirken haben. Ein Arbeiter, der die Wahl nicht annimmt oder sich weigert, dieses Amt auszuüben, wird mit einer Geldstrafe bis zu 500 Mk. bedroht. Gleichwohl ist einzelnen Arbeitern, die sich zur Reise nach Berlin aufmachten, die Stelle gekündigt worden. Man lese nur in der „Tgsgch." nach, wie es hierbei zugegangen ist. Es mag ja sein, daß in einzelnen Fabriken eine Störung eintritt, wenn ein besonders tüchtiger Arbeiter 14 Tage lang Urlaub nehmen muß. Besonders wird dies der Fall sein, wenn es sich um einen sogenannten Werkmeister handelt, der oft nicht gut entbehrt werden kann. Aber die starke Mißbilligung, welche der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Geh. Rath Bödiker, über den schnöden Geschäftssinn der Fabrikanten aussprach, ist wohl verdient. Im Reichsversicherungsamt müssen vom 2. Januar bis zum 16. Juni 1888 nicht weniger als 96 Spruchsitzungen abgehalten werden, um in Rekursen über Streitigkeiten betr. der Unfallentschädigung die rückständigen und neuentstehenden Fälle zu erledigen. Es sollen also bis zum Juni Arbeiter auf je 14 Tage nach Berlin berufen werden; dann ist Pause, vom September ab denkt man auszukommen, wenn man einen Monat um den anderen wöchentlich 4 Sitzungen abhält. An sich ist die große Zahl der Rekurse auffällig. Das liegt zum Theil an der Neuheit der Sache. Hat sich die Unfallversicherung erst längere Zeit eingelebt, so werden sich feste Grundsätze über deren Handhabung herausbilden. Zunächst fühlten sich Arbeitgeber wie Arbeiter über die Entscheidungen der Unterinstanzen beschwert. Man sollte zunächst ermitteln, in wie viel Fällen die Beschwerde an das Reichsversicherungsamt zu einem Umstoßen der Entscheidung der ersten Instanz geführt hat. Sodann sollte man auch die Zahl der Stellvertreter der Arbeiter vermehren, um die theuren Reisen nach Berlin zu vermeiden; denn das Gesetz bestimmt, daß in jeder Spruchsitzung des Reichsversicherungsamtes 2 Arbeiter sitzen sollen, für die jedoch 2 Stellvertreter vorhanden sein müssen. Aber das genügt nicht, um in Zukunft zu verhindern, daß gewählte Vertreter der Arbeiter wegen der gesetzlichen Ausübung ihrer Pflicht um Stellung und Brod kommen. Nenne man doch öffentlich die Namen dieser Fabrikanten, die sich nicht scheuen, die humanen Absichten der sozialen Reichsgesetzgebung zu durchkreuzen! Man sollte eine hohe Strafbestimmung für das Unterfangen von Arbeitgebern einführen, die direkt oder indirekt ihren Arbeitern die Uebernahme eines zur Förderung des sozialen Friedens, also doch auch zum Nutzen der Fabrikanten, geschaffenen Amts unmöglich machen! Wenn die Arbeiter sehen, daß ihre gewählten gleichberechtigten Vertreter ungehindert und unbelästigt im Schiedsgericht erscheinen, dort nach bestem Wissen ihr Urtheil über den vorgekommenen Unfall, die Pflicht der Entschädigung und die Höhe der zu bezahlenden Rente abgeben, dann werden sie auch nicht so häufig sich an das Reichsamt mit Rekursen gegen die erstinstanzliche Entscheidung wenden. Sie wissen dann, daß ihre Kameraden schon das Möglichste für sie gethan haben und daß dann eben nichts für sie mehr herauszuschlagen ist. Die jetzt aber von einzelnen, schäbig denkenden Fabrikanten aus Eigennutz angewendeten kleinlichen Mittel gegen die Durchführung der neuen Sozialreform, die Urlaubsverweigerungen und Entlassungen aus der Stellung können nur erbitternd wirken, und die Folgen dieser Verbitterung werden schließlich den Arbeitgebern zum Nachtheil gereichen. Der scharfe Tadel des Präsidenten des Reichsamtes, Bödiker, war wohlverdient. Hoffentlich zieht er Blasen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 11. Jan.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgendes Bulletin: Die Krankheitserscheinungen des Kaisers haben allmählig wahrnehmbar abgenommen. Der Schlaf in der Nacht ist noch immer zeitweise etwas beeinträchtigt, sodaß für den Tag noch größeres Ruhebedürfniß besteht. — Dem Kaiser ist gestern der Entwurf des neuen bürgerlichen Gesetzbuches zugegangen. — Das „Tageblatt" meldet aus San Remo: Der Kronprinz unternahm heute in Begleitung der Kronprinzessin und des Erbprinzen von Meiningen eine Ausfahrt. Das Aussehen ist vortrefflich. Eine unerklärliche Nichtswürdigkeit ist gegen den Kronprinzen verübt worden, indem sämmtliche Lieblingshunde desselben von unbekannter Hand vergiftet worden sind. — Der Weihbischof Likowski in Posen, der das Amt als Offizial wegen der Stellung des Erzbischofs Dinder in der polnischen Sprachenfrage niederzulegen beabsichtigte, bleibt im Amte.

Berlin. Die Eröffnung des Landtages erfolgt Mittags 12 Uhr im Weißen Saale des Königsschlosses. — Die „Norddeutsche" erklärt es als bemerkenswerthes Symptom, daß gerade auch die Budapester Politiker gegenwärtig einer objektiveren Beurtheilung der Situation zuneigen, wie sie anderswo überhaupt niemals preisgegeben wurde. — In Hamburg ist eine Jaluit-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 1½ Millionen gegründet worden (Jaluit ist die bedeutendste Insel des Marschall-Archipels und das Centrum des Copraphandels). — Auf Grund des Viehseuchengesetzes ist die Rindvieheinfuhr aus Frankreich nach Elsaß-Lothringen verboten worden. — Morgen wird ein amtliches Bulletin über das Befinden des Kronprinzen erwartet. — In Stuttgart sind dieser Tage mehrere Tausend anarchistischer Flugblätter verbreitet worden, in welchen die Arbeiter nach Schilderung der Chicagoer Hinrichtungen aufgefordert werden, sich zur Ausrottung der Fürsten und Kapitalsbestien zu bewaffnen und sich mit Dynamit zu versehen.

Weimar. Mittags fand eine Explosion von Feuerwerkskörpern in einem Nebenraume des Hoftheaters statt. Der Maschinenmeister ward schwer verletzt.

Wien. Aus Sofia eingelaufenen Nachrichten zufolge, wäre vorgestern in der dortigen Vorstadt eine Verschwörung entdeckt und Tausende von Proklamationen vorgefunden worden, welche die Bevölkerung zu einem allgemeinen Aufstand gegen den Prinzen Ferdinand und die landesverrätherische Regierung aufforderten. Als einziger Freund, Wohlthäter und Hersteller eines dauernden Friedens in Bulgarien wird Rußland bezeichnet. — In polnischen Blättern wird berichtet, daß in den südlichen Theilen Rußlands alle höheren polnischen Offiziere ihrer Commandos enthoben wurden. — Oesterreichische Gutsbesitzer und Pächter in Podolien erhielten Ausweisungsordres. Die Beschwerden gegen die Maßregel blieben wirkungslos.

Paris. Der Ministerrath beschloß den Untersuchungsrichter Vignaux seines Amtes zu entheben. Vignaux hatte die Untersuchung gegen Wilson geführt und wie man sagt, im Uebermaß des Eifers hochstehende Personen bloßgestellt. — Bei der gestrigen Wahl eines Kammerpräsidenten erhielt Wilson 7 Stimmen.

London. Der „Standard" meldet aus Shangai, daß in der chinesischen Provinz Jukyen durch Fanatiker etwa 20 christliche Kirchen, einige davon durch Feuer, zerstört wurden. Zugleich wurde eine große Anzahl zum Christenthum bekehrter Eingeborener niedergemetzelt.

London. Der „Times" zufolge wird in Wiener unterrichteten Kreisen entschieden geglaubt, Rußland sei auf dem Punkte, bestimmte Vorschläge über die bulgarische Frage zu machen und es wird nicht als unmöglich erachtet, daß das erste Wort darüber von dem Czaren nächsten Freitag, am russischen Neujahrstage, gesprochen werden dürfte. Die russischen Botschafter an den großen europäischen Höfen wurden instruirt zu sagen, der Czar wünsche eine friedliche Lösung der bulgarischen Frage und in jedem Falle wurde die Versicherung ertheilt, daß irgend welche Vorschläge Rußlands eine freundliche Erwägung finden würden. Die deutsche Regierung soll erklärt haben, sie wünsche alle Vorschläge zu unterstützen, welche Oesterreichs Interessen nicht schädigen. Die Besetzung Bulgariens durch russische Truppen für einen begrenzten Zeitraum wird als einer der erwarteten Vorschläge Rußlands bezeichnet.

Die **Berliner Börse** verlief schwach und still. Ein Times-Artikel über die Orientfrage wurde als Grund für die ungünstige Stimmung geltend gemacht. Banken und fremde Renten waren schwächer, Bergwerke lustlos, deutsche Bahnen infolge Angebots gedrückt, österreichische Bahnen still und wenig verändert. Der Kassaverkehr war schleppend, Abschwächungen überwogen. Privatdiskont 1⅝ Prozent. Nachbörse matt.

Frankfurt a. M., 11. Jan. Credit 214,50. Staatsbahn 103,50. Lombarden 67,10. Galizier 185,40. Egypter 74,25. 4proc. Ungar. Goldrente 77,80. Disconto 187,20. 6er Russen —. Handelsg. —. Laura —. Behauptet.

Wien, 11. Januar. Credit 208,40. Staatsbahn 210,40. Lombarden 84,00. Nordwestb. 153,00. Marknoten 62,50. Ung. Credit 270,50. Matt.

Paris, 11. Januar. (Schluß.) Rente 81,00. Anleihe 107,40. Italiener 94,30. Staatsbahn 429,00. Lombarden 181,25, do. Prioritäten —.—. Spanier 66,50. Egypter 373,43. Ottomanen 506,87. Neue Anleihe —. Türken —. Schwach.

London, 11. Januar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 103 1/16. 1873er Russen 93½. Italiener 89½. Lombarden 7 1/16. Russ. Türken 13 9/16. 4proc. fundirte Amerikaner —.—. 4proc. Ungar. Goldrente 76½. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 106. Egypter 73½. Neue Egypter 99½. Garant. Egypter 102½. Ottomanbank 10 9/16. Suez-Actien 82¼. Spanier 66½. — Stimmung: Schwach. — Wetter: Nebel.

Amsterdam, 11. Januar. Produkten (Schluß). Weizen per März 191, per Mai 192, steigend. Roggen per März 105, per Mai 105, behauptet.

Paris (Produkten), 11. Januar. (Schluß.) Weizen per Januar 23,00, per Mai-August 24,25, behauptet. Spiritus per Januar 46,50, per Mai-August 43,50, behauptet. Rüböl per Januar 67,25, per Mai-Juni 67,50, behauptet.

London, 11. Januar. (Produkten) Schluß. Getreide in Folge Nebels ruhig, nominell. — Wetter: Kaltkalt.

Lokales und Sächsisches.

— Am Dienstag wurde von Sr. Majestät dem **Könige** auf Villnitz-Hosterwitzer Revier Jagd abgehalten, zu der mehrere Hofcavaliere befohlen worden waren. Nachmittags 5 Uhr erfolgte die Rückkehr nach hier, worauf das Jagddiner im Kgl. Schlosse stattfand.

— Gestern Mittag beehrten Ihre Majestäten der **König** und die **Königin** die Ausstellung des sächsischen Kunstvereins mit einem Besuche.

— Dem Ingenieur bei der „Königin-Marienhütte" in Cainsdorf, Andreas **Brandt** in Bockwa, wurde das Ritterkreuz 2. Kl. vom Albrechtsorden verliehen.

— Der königl. sächs. außerordentliche Gesandte, Graf v. **Hohenthal und Bergen**, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Geschäfte wieder übernommen.

— Bekanntlich wurden der zeitherige geistliche Rath bei der Kreishauptmannschaft zu Bautzen, Oberkirchenrath Dr. theol. Klemens Gottlob **Schmidt** an Stelle des verstorbenen Oberkonsistorialrath Dr. Annacker zum zweiten geistlichen Rath des Landeskonsistoriums und der zeitherige Stadtpfarrer und Schloßprediger August Cölestin Freyer zu Augustusburg zum Superintendenten zu Stollberg ernannt. Die feierliche Verpflichtung des ersteren seitens des Landeskonsistoriums ist nun am 3. ds. M., die des letzteren am 10. d. M. erfolgt.

— **Landtag.** In der gestrigen 5stündigen Sitzung der zweiten Kammer, in der verschiedene Etatscapitel zur Berathung standen, kam es mehrfach zu lebhaften Erörterungen; zunächst bei dem Kapitel **Forsten und Jagd.** In Berücksichtigung einer Petition der Waldwärter beantragt die Regierung in Uebereinstimmung mit der Deputation eine Erhöhung der Position für Pensionszuschüsse dieser Beamten auf 8000 Mk., ebenso werden 9000 Mk. zur Erhöhung der Bezüge der Oberförster gefordert. Um diese beiden Positionen drehte sich hauptsächlich die Debatte. Abg. Philipp begrüßt im Interesse der Waldwärter den Deputationsantrag. Es frage sich aber, ob an der Erhöhung auch Diejenigen participiren sollten, die schon vor dem Inkrafttreten der jetzigen Verhältnisse als invalid außer Dienst getreten sind. Auf eine von ihm im letzten Landtag gegebene Anregung seien diesen Personen Unterstützungen zu Theil geworden, aber so niedrig, als ob sie nur zu trockenem Brod oder trockenen Kartoffeln bestimmt seien. Es handle sich nur um höchstens 15 alte Leute. Auch diesen sollten die den anderen Waldwärtern in Aussicht gestellten Vergünstigungen zu Theil werden. Abg. Bebel meint, der Vorredner habe einen Fehler begangen, als er seinen damaligen Antrag zurückzog. Die Sparsamkeit der Regierung in diesem Falle stehe in fahrlässigem Widerspruch zu der Bevorzugung der höheren Beamten, insbesondere der Oberförster. Er wundere sich, daß die Regierung jetzt doch einer Gehaltsaufbesserung dieser Beamten geneigt sei, obgleich sie sich früher den bezüglichen Anträgen des Abg. Heger gegenüber ablehnend verhalten habe. Wenn übrigens der Abg. Heger sich der Oberförster so warm angenommen habe, so sei dies darauf zurückzuführen, daß er selbst einen Sohn besitze, der sich der Forstcarrière zugewendet. Er sehe hieraus wieder, wie vortheilhaft es sei, konservativ zu sein, denn ohne den Abg. Heger hätte die Regierung kaum ihre ablehnende Stellung aufgegeben. Die Oberförster befänden sich bereits jetzt in einer angenehmen pecuniären Lage. Bedenklich erscheine ihm das Mißverhältniß zwischen der Zahl der Ober- und Unterbeamten in der Forstwirthschaft: den 277 unteren Beamten stünde die große Zahl von 129 oberen Beamten gegenüber. Auch im Verhältniß zu anderen Ländern würden unsere Oberförster zu hoch bezahlt; dazu komme, daß dieselben viel kleinere Reviere zu verwalten hätten, als beispielsweise in Preußen und Bayern. Es existirten in Sachsen viel zu viel Oberförsterstellen, von denen man recht gut einige 30 einziehen könne. Wie komme es, daß man gerade diese Klasse der Staatsbeamten so bevorzuge? Weil es die Söhne der höheren Beamten seien, die auf diese Stellen als Sinecuren reflectirten. Auch an Stelle der 11 Oberforstmeister würden deren 6 genügen. Man sollte ferner die Jagd in den Staatswaldungen nicht an die Oberförster, sondern an Private vergeben, wodurch ein Plus von 50,000 Mk. zu erzielen sei. Auf der anderen Seite sei die Stellung der unteren Forstbeamten eine ungünstige. Aus diesen Gründen werde er gegen die Gehaltserhöhung der Oberförster stimmen. Präsident Dr. Haberkorn bemerkt, es liege kein Grund vor, den Abg. Heger zu verdächtigen, als habe er aus persönlichen Rücksichten in der Kammer sich für etwas verwendet. Abg. Ackermann hält die Wünsche der Waldwärter für vollkommen gerechtfertigt und steht auch dem Verlangen des Abg. Philipp sympathisch gegenüber. Abg. Philipp erklärt, er habe seinen damaligen Antrag zurückge-